P 002 DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland
Lfd.-Nr. 1093

Energiepolitik - Die Energiewende mitgestalten

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Erledigt durch Annahme von Antrag P 001

~~A. Strategische Vorbemerkungen~~

~~Der Umbau eines Schiffes bei voller Fahrt ist eine passende Metapher für die Energiewende in Deutschland. Denn wenn man den Äußerungen der Politik Glauben schenkt, wird Deutschland innerhalb der nächsten 40 Jahre eine neue industrielle Revolution erfahren. Aber worin besteht eigentlich diese Revolution? Ein Blick auf die Datenlage macht klar: Der Stromverbrauch in Deutschland nimmt zu. Lag der Bruttostromverbrauch im Jahr 1991 noch bei 427,9 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom, so waren es 2011 bereits 535,2 Milliarden kWh. Gleichzeitig wurde 2011 der Atomausstieg beschlossen. Bis 2022 werden schrittweise alle Atomkraftwerke in Deutschland stillgelegt. Damit entfällt rund ein Fünftel der deutschen Stromproduktion. Da es keine Anzeichen gibt, dass der Stromverbrauch in den kommenden Jahren stark sinkt, muss für den Atomstrom Ersatz gefunden werden. Gleichzeitig hat sich die Bundesregierung verpflichtet, den Ausstoß an Kohlendioxid bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent (bezogen auf das Basisjahr 1990) zu reduzieren. Das heißt, dass auch konventionelle Kohlekraftwerke aus Klimaschutzgründen in den kommenden Jahren nicht wie bisher weiter betrieben werden können. Damit die Lichter trotzdem nicht ausgehen, müssen die wegfallenden Kraftwerkskapazitäten durch neue Erzeugungsanlagen, basierend auf Sonne, Wind und Biomasse, ersetzt werden.~~

~~Dabei kommt eine besondere Herausforderung auf uns zu: Während die großen Kraftwerke ideal die Grundlast abdecken können, sind die regenerativen Energieträger schwankend in ihrer Erzeugung. Da es industriepolitisch und auch arbeitstechnisch keinen Sinn macht und es zusätzlich unmenschlich wäre, dann zu arbeiten, wenn genügend Strom erzeugt wird, ist die Frage der Speicherfähigkeit die zentrale Frage für den Umbau der Energieversorgung. In Industrieregionen, ist es wichtig, dass eine sichere Energieversorgung zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Für den Fall, dass regenerative Energien nicht zur Stromerzeugung zur Verfügung stehen und Stromspeicher noch nicht im erforderlichen Maße vorhanden sind, muss über konventionelle Kraftwerke erreicht werden, dass die für eine Industrieproduktion notwendige Energieversorgung jederzeit sicher gestellt ist. In diesem Zusammenhang muss das Betreiben solcher Kraftwerke auch wirtschaftlich~~

möglich sein. Auch die Nutzung von heimischer Braun- und importierter Steinkohle wird aus diesem Grund für einen längeren Zeitraum trotz allem noch eine wichtige Rolle bei der Stromversorgung spielen. Bei der Kohleverstromung kommt es angesichts der Klimaziele auf eine hocheffiziente Brennstoffausnutzung – möglichst auch mit Wärmekopplung – an. Es ist daher notwendig, dass die genehmigten und in Bau befindlichen Kraftwerke fertig gestellt und ineffiziente Altanlagen ersetzt werden. Mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien werden sich die Anforderungen an konventionelle Kraftwerke in Zukunft radikal ändern. Die Fähigkeit, fluktuierende Energieträger auszugleichen, rückt in den Mittelpunkt, während die Erzeugung von Grundlast mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zunehmend in den Hintergrund tritt. Diese Funktion wird in wenigen Jahren vollkommen verschwunden sein.

B. Die Rolle der Gewerkschaften in der Energiewende

Durch die eben erläuterten Punkte ist der ökologische Rahmen für den DGB gesteckt. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich für den raschen und geordneten Ausstieg aus der Atomenergie und den forcierten Übergang in das Zeitalter hoher Energieeffizienz und erneuerbarer Energien ausgesprochen. Bei der konkreten Umsetzung wird es nun jedoch darauf ankommen, dass diese Energiewende tatsächlich geordnet vonstattengeht und dass die gegenwärtig entstehenden Kosten nicht unsozial verteilt werden. Umso mehr müssen wir in der jetzigen Diskussion die sozialen und damit unweigerlich verstrickt die ökonomischen Aspekte um alle energiepolitischen Entscheidungen mitdenken.

Die Umsetzung der Energiewende wirkt sich in den Regionen und Ländern unterschiedlich aus. Es werden vor allem auch raumordnerische und planungsrechtliche Aspekte berührt. Dabei sollen und können Gewerkschaften und der DGB beispielsweise über die Regionalen Planungsgemeinschaften bzw. Bezirksregierungen, aber auch im Bauleitplanungsprozess über die DGB-Kreis- und Stadtverbände auf kommunaler Ebene, zweierlei Dinge in die Diskussionen einbringen:

a) Sie haben die Möglichkeit über das Kirchturmdenken hinaus, regionale Lösungen und Blickwinkel in die Diskussionen einzubringen. Solidarische Umlageverfahren innerhalb einer Gebietskörperschaft tragen dafür Sorge, dass objektivere

~~*Gründe bei der Standortwahl von regenerativen Energieträgern zu Grunde gelegt werden.*~~

~~*b) Die kommunalwirtschaftliche Betreibung in Eigenregie bzw. mit einem kommunalen/regionalen Energieversorger bietet die Möglichkeit wirklich regionale Kreisläufe zu etablieren und demokratischen Zugriff auf lange Zeit zu ermöglichen. Leider wurden durch die Vorgaben einiger Länder und dem Willen der Kommunen, schnell in Verwertung zu kommen, diese Lösungen erschwert.*~~

~~*Nur durch eine umfassende Betrachtungsweise der Energiewende können wir dem Begriff der Nachhaltigkeit gerecht werden und so unseren Kindern und Enkelkindern per Definition ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Gerade bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit in der Energiewende sind wir als Gewerkschaften gefordert, die Beantwortung mit zu gestalten. Die Chance ist da, denn bei genauem Hinsehen wird klar, dass wir uns eben nicht in diesem oft zitierten Konflikt zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen befinden, sondern dass in der Energiepolitik alle drei Komponenten unweigerlich miteinander verwoben sind.*~~

~~*Wir wollen die Energiewende nicht als wirtschaftliche und soziale Apokalypse begreifen, sondern in ihr eine Chance für unsere Wirtschaft und die hier lebenden Menschen erkennen.*~~

~~*Denn nur wenn die industriepolitischen Chancen einer ökologischen Modernisierung, wie sie im Zuge der Energiewende erfolgt, genutzt werden, können daraus Wachstum und neue Arbeitsplätze entstehen. Gleichzeitig gilt zu beachten, dass „green jobs" nicht automatisch auch „good jobs" sind. Deswegen muss der DGB sich eindringlich dafür einsetzen und darauf achten, dass neu geschaffene Arbeitsplätze dem Leitbild der „guten Arbeit" entsprechen, und die Förderung der grünen Branche sollte verbindlich an die Einhaltung dieses Leitbildes geknüpft werden.*~~

~~*Die Energiewende als Operation am offenen Herzen erfordert umfangreiche Investitionen, die in der Gegenwart einzig als hohe Kosten wahrgenommen werden. Es ist unerlässlich, dass die Energiewende in der Breite der Gesellschaft als gerecht und nötig empfunden wird. Die jetzt notwendigen Investitionen müssen gerecht und fair verteilt werden. „Wer zahlt nun was?" ist damit die aktuellste Frage in der energiepolitischen Debatte. Klar ist, dass während der Umbauphase alle einen*~~

~~*Beitrag leisten müssen. Dennoch müssen die Energiekosten von Haushalten und Unternehmen bezahlbar bleiben. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Stromkosten, sondern auch vor allem für Wärme und Mobilität.*~~

~~*Eine faire Lastenteilung setzt voraus, dass ein öffentliches Bewusstsein für Verbrauchergruppen entsteht, die von steigenden Energiekosten in besonderem Maße betroffen sind. Dazu zählen neben einkommensschwachen Haushalten auch energieintensive Industrien. Eines muss dabei ganz deutlich werden, Haushalte und Industrie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.*~~

~~*Aus diesen Gründen brauchen wir jetzt für unsere Länder:*~~

- ~~*Klare und verbindliche Ziele (Klimaschutz, Versorgungssicherheit, gerechte Energiepreise, Gute Arbeit),*~~
- ~~*Eine Gesamtarchitektur für die Energiewende und ein Handlungsrahmen bis 2030 für die Hauptakteure,*~~
- ~~*Förderung für erneuerbare Technologien und Speicher*~~
- ~~*Auf Europa setzen und mehr Energieautarkie anstreben*~~

~~*Eine der ersten Aufgaben der neuen Bundesregierung wird sein, gemeinsam mit den Bundesländern energiepolitische Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu korrigieren und bisherige Versäumnisse nachzuholen. Dabei müssen aus Sicht des DGB folgende Punkte besondere Beachtung finden:*~~

- ~~*Schaffung von Kapazitätsmechanismen zur Absicherung des konventionellen Kraftwerksparkes.*~~
- ~~*Anpassung des EEG*~~
- ~~*Neues Energiemarktdesign unter Berücksichtigung regionaler Differenzierungen bei den Vergütungssätzen.*~~
- ~~*Weiterhin Befreiung von der EEG-Umlage bei Eigenstromerzeugung. Dies gilt insbesondere für Kuppelgaskraftwerke der Stahlindustrie.*~~
- ~~*Veränderungen bei den besonderen Ausgleichsregelungen für das produzierende Gewerbe sollten mit Bedacht vorgenommen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass insbesondere die verlagerungsbedrohten Industrien keinen Nachteil erfahren.*~~

~~*Gemeinsam fordern wir die Beachtung der sechs Aspekte der sozialen Energiewende und sollten gemeinsam auf diese hinwirken:*~~

1. ~~*Bezahlbare Energie für alle*~~
2. ~~*Gute Arbeit schaffen*~~
3. ~~*Arbeitsplätze ausbauen und erhalten*~~
4. ~~*Partizipation stärken*~~
5. ~~*Kostenverteilung fair gestalten*~~
6. ~~*Strukturwandel aktiv gestalten*~~